



Michael Schrodi
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Aus für Windkraft in Mammendorf, Jesenwang auf der Kippe:

Die CSU ist eine Gefahr für Klimaschutz, Arbeitsplätze und Wohlstand in unserer Region!

Olching, 15.06.2021

Michael Schrodi, MdB

Ilzweg 1

82140 Olching

Telefon: +49 8142 501 0589

Fax: +49 8142 501 3962

michael.schrodi.wk@bundestag.de

Berliner Büro:

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Otto-Wels-Haus

Raum: 5.027

Telefon: +49 30 227-77541

Fax: +49 30 227-70541

michael.schrodi@bundestag.de

Mitglied im Finanzausschuss

Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

Für Michael Schrodi, SPD-Bundestagsabgeordneter für Dachau und Fürstenfeldbruck, ist der Abbruch der seit vier Jahren verfolgten Planungen für eine Windkraftanlage in der Gemeinde Mammendorf ein weiterer Beleg für die Diskrepanz zwischen Worten und Taten der CDU/CSU für eine fortschrittliche, zukunftsfähige Energie- und Klimapolitik: „Wenn die örtliche CSU-Bundestagsabgeordnete Katrin Staffler und andere CSU-Politikerinnen und Politiker aus Landes- und Kommunalpolitik ihr Bedauern über diese Entscheidung äußern, ist das reiner Hohn. Es sind ihre Ministerien und ihre Politik, die für das Scheitern verantwortlich sind.“ Dabei ist der Ausbau der Erneuerbaren Energien ein zentraler Baustein für die Unternehmen, die Arbeitsplätze und den Wohlstand der Zukunft!

„Bayern kommt seit Jahren mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien nur schleppend voran. Besonders betroffen davon ist die Windkraft, deren Ausbau fast zum Erliegen gekommen ist. Das größte Problem ist und bleibt dabei die 10-H-Abstandsregelung, weil durch sie nur noch 0,05 Prozent der sonst nutzbaren Flächen für Windenergieprojekte in Frage kommen. Solange die bayerische Landesregierung daran festhält, bremst sie die Energiewende in unserem Land massiv aus“, so Michael Schrodi. Ein zweites großes Problem, das sich auch im Fall Mammendorf zeigt, stellen die Flughöhen in der militärischen und zivilen Luftfahrt dar. „Die Wiederanhebung der Mindestflughöhen würde allein in Oberbayern 18 Standorte für leistungsstarke Windenergieanlagen eröffnen. Ich habe deswegen sowohl das Bundeswirtschaftsministerium von Peter Altmaier (CDU) als auch das Verteidigungsministerium unter Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) angeschrieben. Die Antworten zeigen jedoch: Die Verantwortlichen sind nicht bereit, sich mit dieser Frage eingehend auseinanderzusetzen und eine Lösung für das Problem zu finden. Gut die Hälfte der möglichen aus Windkraft zu gewinnenden Energie wird damit verhindert“, ärgert sich Schrodi. „Die Wiederanhebung der militärischen und zivilen Flughöhen ist nach Expertenmeinung ohne Probleme möglich und für die Energiewende dringend notwendig, doch die Unionsgeführten Ministerien blockieren das. Das ist ein Unding!“



Schrodi, der neben seinem Bundestagsmandat auch Kreistagsabgeordneter in Fürstentum Fürstentum ist, sorgt sich angesichts dieser Entwicklungen um eine sichere und bezahlbare Energieversorgung in der Region: „Bayern hängt bei der Energieversorgung schon heute am Tropf anderer Länder. Angesichts des steigenden Stromverbrauchs zum Beispiel im Mobilitätsbereich und der Abschaltung der letzten Atomkraftwerke, laufen wir in eine Stromlücke hinein und riskieren höhere Strompreise. Die Erneuerbaren Energien liefern dabei nicht nur einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz, sondern sind inzwischen auch günstiger als die konventionelle Stromproduktion.“

Es ist jedoch nicht nur die Stromversorgung an sich, die Schrodi im Blick hat, sondern die Bedeutung der Energiewende für Unternehmen und Arbeitsplätze vor Ort: „Ein Großteil der geplanten CO₂-Einsparungen in der Wirtschaft, im Verkehr und im Gebäudebereich wird durch die Umstellung auf strombasierte Technologien erreicht. Unternehmen aus Schlüsselindustrien wie MAN, MTU, die großen Autobauer, die Stahlindustrie: Sie alle setzen auf neue Antriebssysteme und Technologien und müssen sich deshalb schon jetzt darauf verlassen können, dass dafür Strom und Wasserstoff aus Erneuerbaren bereitstehen. Damit ist der Ausbau der Erneuerbaren Energien nicht mehr nur eine Frage des Klimaschutzes, sondern eine Entscheidung über die Zukunft der Wirtschaft und von zahlreichen Arbeitsplätzen. Wer den Ausbau jetzt nicht vorantreibt, gefährdet die Zukunftsfähigkeit unserer Region“, mahnt Schrodi.